

# Einsatz für welche Alterspolitik in Bern?

Die Rentnervereinigung des Sensebezirks wollte am Mittwoch an ihrem Burgbühltreffen wissen, wie sich die Sensler Nationalratskandidaten in Bern für die Alterspolitik einsetzen würden.

Arthur Zurkinden

**ST. ANTONI** Neben der Alterspolitik war am Burgbühltreffen auch die Frage zentral, was zu tun ist, damit Bäuerinnen und KMU-Frauen nicht in die Altersarmut abrutschen, weil ihnen kein Lohn attestiert wird und sie in den Sozialversicherungen zwischen Stuhl und Bank fallen. Beat Bucheli, Präsident der Rentnervereinigung



Sense, griff dieses Thema an der Podiumsdiskussion auf, die vom ehemaligen FN-Chefredaktor Walter Buchs moderiert wurde. Mit dem Anliegen konnte sich die Düdinger Gemeinderätin und Bäuerin Anita Johner (Mitte links – CSP) identifizieren: «Ich möchte mich in Bern für die Frauenpolitik engagieren.»

Sie fügte bei, dass es ihr ein grosses Anliegen sei für eine Landwirtschaft zu kämpfen, die noch selber Lebensmittel produzieren könne und nicht

aufgrund von strengen Reglementen gezwungen werde, die Produktion von Lebensmitteln aufzugeben und dem Ausland zu überlassen. «Wir wissen dann nicht, unter welchen Bedingungen diese hergestellt werden.»

## Wertschätzung der Rentner

Natürlich war auch die Wertschätzung der Rentnerinnen und Rentner ein wichtiges Thema, vor allem, wenn sie sich nach dem Erreichen des AHV-Alters noch für die Gesellschaft nützlich machen, etwa mit der Pflege von Angehörigen. Die CVP-Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach befürwortete einerseits die Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65, um die AHV-Finanzierungen zu sichern, war aber auch für ein flexibles Rentenalter zwischen 62 und 70 Jahren. Und sie versprach, sich für dieses Anliegen mit einem Vorstoss bei der nächsten AHV-Revision einzusetzen.

Dafür würde sich auch die GLP-Kantonalpräsidentin Irene Bernhard starkmachen, die anstelle des verhinderten Sensler Kandidaten eingesprungen war. «Mit 50 darf man noch nicht an die eigene Rente denken.» Die Rechtsanwältin sprach sich für ein flexibles Rentenalter und für eine

stete Weiterbildung aus. Sie persönlich könne sich nicht vorstellen, bereits mit 64 Jahren in Rente zu gehen.

Für eine vermehrte Wertschätzung der Rentner im Alter sprach sich der SP-Gemeinderat Urs Hauswirth von Düdingen aus. Er werde sich für die vermehrte Anerkennung der Rentner-Arbeit bemühen, insbesondere auch für jene, die sich im Vereinsleben engagieren. Allgemein wollen die Kandidatinnen und Kandidaten für eine bessere Anerkennung der Arbeit der Rentner kämpfen, vor allem für jene, die in der Pflege von Angehörigen aktiv sind. Insbesondere die angehende Pflegefachfrau Olivia Haymoz von den Grünen will sich dafür in Bern starkmachen. Sie würde sich dort auch allgemein für die Frauenpolitik und für eine nachhaltige Umweltpolitik einsetzen. Dem schloss sich der SP-Vertreter an. Und Isabelle Portmann, Sensler FDP-Präsidentin, will sich für mehr Alterswohnungen starkmachen und versuchen, die Gesundheitskosten zu senken.

## Für EU-Rahmenabkommen

Ein zentrales Anliegen war den Kandidatinnen auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben. Dafür kämpft

Christine Bulliard seit Jahren in Bern. Und sie setzt sich auch für ein EU-Rahmenabkommen ein, auch wenn es noch gewisse Fragen zu klären gelte. Für sie ist dieses Abkommen von entscheidender Bedeutung, zumal der Schweiz der freie Marktzugang und das Erasmus-Programm, der Austausch zwischen den Studierenden und Forschern mit der EU, garantiert werden müsse.

Dies sah der SVP-Vertreter Emanuel Waeber nicht so. Um die Unabhängigkeit der Schweiz zu garantieren, setzte er auf Freihandelsabkommen. Auch der EDU-Kantonalpräsident Marc Bachmann tat sich mit einem solchen Abkommen und der Übernahme des EU-Rechts schwer. Allgemein will er sich für den Erhalt der christlichen Werte in Bern und für ein Verbot von Pornografie und Prostitution sowie von übermässigen Alkohol- und Drogenkonsum und für eine strenge Bestrafung einsetzen. Einig waren sich die Teilnehmer, dass die Gesundheitskosten im Bereich des Medikamentenkonsums stark eingeschränkt werden könnten.

Präsident Beat Bucheli dankte am Schluss allen Kandidatinnen und Kandidaten für ihr Engagement für die Gesellschaft.